

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXV/106

Bonn, den 11. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite |   | Zeilen |
|-------|---|--------|
| 1 - 2 | 14. Juni 1970<br>-----<br>Ein wichtiger Tag der deutschen Nachkriegsgeschichte<br>Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD                         | 66     |
| 3     | Ein Gewinn für unser Volk<br>-----<br>Zum Dänemark-Besuch des Bundespräsidenten   | 46     |
| 4     | Bildung wird teurer<br>-----<br>Zu den Empfehlungen der Bildungskommission  | 43     |
| 5 - 6 | Negativ und widersprüchlich<br>-----<br>EWG-Kommission lehnt europäisches Schulumilchfrühstück ab<br>Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB, Mitglied des Europäischen Parlaments |        |

14. Juni 1970

### Ein wichtiger Tag der deutschen Nachkriegsgeschichte

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Dreiländer-Landtagswahlen am 14. Juni haben auch große bundespolitische Bedeutung erlangt. Der Zeitraum, in den sie gestellt sind, ließ es kaum anders zu: Wenn Bonn mit den Gesprächspartnern Moskau und Warschau in einer abschließenden Phase über Gewaltverzicht und zukünftige Zusammenarbeit verhandelt, so beherrscht ein derart wichtiger Abschnitt deutscher Politik auch die Landtagswahlkämpfe. Hinzu kommt, daß die im Deutschen Bundestag nicht zurechtgekommene Opposition die Wählerzahl dieser drei Wahlen - rd. 18 Millionen Wahlberechtigte - zum Anlaß nimmt, um die Landtagswahlen als eine Art Plebiszit über die Bundespolitik zu nehmen. Die Frage, ob dieser Versuch der Opposition gut bekommt, ist ihre Angelegenheit. Aber es muß klar darauf hingewiesen werden, daß eine Partei den politischen Erfordernissen dreier sehr verschieden strukturierter Bundesländer nicht gerecht zu werden vermag, wenn sie diese Entscheidung vom 14. Juni als Bundestags-Testwahl ausgibt und ihren Wahlkampf darauf einstellt. So droht sie in Nordrhein-Westfalen der Bevölkerung Männer an, die in die Konjunkturpolitik eingreifen wollen, mit, wie es in Anzeigen heißt "unpopulären Maßnahmen". Das ist bewußte Irreführung. Denn erstens hat sich vor allem der Bund um konjunkturpolitische Maßnahmen zu kümmern, und zweitens können Gerede und ungeschickte Maßnahmen die sich gerade normalisierende konjunkturelle Lage nur gefährden.

Für die zukünftigen Regierungen der Länder kann es nicht darum gehen, über das Grundgesetz hinweg in die Bundespolitik einzugreifen, sondern klare Entwicklungsprogramme für ihre Bereiche zu erarbeiten. Wie die nordrhein-westfälische Landesregierung unter Ministerpräsident Kühn, die zusammen mit Professor Dr. Schiller die Kohlenkrise bewältigt hat und die nun daran geht, ihre erfolgreiche Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik auszubauen. Oder wie der Kandidat der Sozialdemokraten im Saarland, Kurt Conrad, der ein umfassendes Struktur- und Entwicklungsprogramm für dieses Bundesland vorgelegt hat. Oder wie der niedersächsische Minister Kubel, der nach landespolitischer Bewegungsunfähigkeit dafür sorgt, daß es in Niedersachsen wieder klare politische Arbeitsmöglichkeiten gibt. Wer derartige Politiker und

derartige Zielvorstellungen nicht zu bieten hat, versucht sich in bundespolitischen Argumenten. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Wähler aufmerksam genug sind, um derartige Ausweichmanöver nicht mitzumachen.

Aber auch die Politik der Bundesregierung wird die Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung finden. Bundeskanzler Willy Brandt und Bundesaußenminister Walter Scheel haben sich entschlossen um eine bessere Friedenssicherung bemüht. Sie haben in West und Ost ein Echo bewirkt, das den Menschen in der Bundesrepublik deutlich macht: Die Bundesregierung ist mit ihrer Politik der konsequenten Verhandlungen auf dem richtigen Wege. Verwirrungsversuche der CDU können nicht darüber hinwegtäuschen.

Auch darum weiß die Union. Das mag der Grund dafür sein, daß sie sich in der letzten Phase der Landtagswahlkämpfe in Diffamierungen und Irreführungen flüchtet. Sie operiert mit mißverständlichen Zahlen in der Preisentwicklung, obwohl die Preissteigerungsrate gerade in diesen Monaten erheblich gesunken ist. Sie fordert von den Unternehmern - allerdings erfolglos - Härte in der Tarifpolitik, um Arbeitskämpfe und Unsicherheit zu erreichen. Sie versucht - ebenfalls erfolglos - SPD und FDP gegeneinander auszuspielen. Das sind politische Tiefschläge, die in diesem Ausmaß in Landtagswahlkämpfen bisher noch nicht vorgekommen sind.

Die Wahlentscheidungen werden zeigen, ob rhetorische Amokläufe politische Programme für die Länder und eine konsequente Bundespolitik ersetzen können. Die Wähler wissen sehr genau, daß von der Politik unserer Länderregierungen in Zukunft sehr viel abhängt. Bund und Länder müssen in enger Kooperation dafür Sorge tragen, daß die in der Regierungserklärung Willy Brandts zugesicherten gesellschafts- und bildungspolitischen Reformen zügig verwirklicht werden könne. Das - und nichts anderes - ist das entscheidende Thema dieser drei Landtagswahlen.

## Ein Gewinn für unser Volk

---

### Zum Dänemark-Besuch des Bundespräsidenten

sp - Bundespräsident Gustav Heinemann hatte sich gleich nach seiner Amtsübernahme vorgenommen, als höchster Repräsentant der neuen deutschen Demokratie auch Länder zu besuchen, die zwar im Getriebe der Weltpolitik einen bescheidenen Platz einnehmen, aber doch von großer Bedeutung für die Bundesrepublik sind, ob als unmittelbarer Nachbar, als Verbündeter, als Handelspartner oder als uns wohlgesinnter Neutraler. Einige dieser Staaten hatten schwer unter der Zeit des Dritten Reichs zu leiden gehabt. Viele ihrer Bürger haben den Tod in den Konzentrationslagern gefunden oder waren Exekutionskommandos zum Opfer gefallen. Diese Schatten der Vergangenheit reichen noch weit in die Zukunft hinein.

Heinemanns erster Besuch hatte den Niederlanden gegolten. Noch vor wenigen Jahren wäre der Besuch eines Bundespräsidenten in diesem Nachbar-Staat ein Wagnis mit unübersehbarem Ausgang gewesen. Gustav Heinemann aber schlug eine Welle von Sympathie und Zuneigung entgegen. Sein unbefangenes Auftreten und sein Respekt vor den Opfern der Besatzungszeit machten in Holland einen tiefen Eindruck. Die Niederländer sahen und sehen in diesem deutschen Bundespräsidenten eine Persönlichkeit, die ein neues gewandeltes Deutschland vertritt, ein Deutschland, das seine Energien für die Verstärkung gut nachbarlicher Beziehungen und für die Werke des Friedens einsetzt. Königin Juliane nahm dankbar seine Einladung an, die Bundesrepublik bei gegebener Zeit zu besuchen.

Ähnliche Bilder herzlicher Zuneigung und unbedingten Vertrauens hat jetzt der zweitägige Besuch Gustav Heinemanns in Dänemark geboten, unserem nördlichen Nachbarn, dem das Dritte Reich schwere Wunden geschlagen hat. Sie sind heute noch nicht vernarbt. Natürlich wurde auch hier die Vergangenheit beschworen, doch gab es nicht eine einzige Stimme, die Kritik an diesem Besuch geübt hätte. Ein neues Kapitel deutsch-dänischer Beziehungen wurde aufgeschlagen. Es findet im angekündigten Deutschland-Besuch des dänischen Königs seinen überzeugendsten Ausdruck.

Die nächste Staatsvisite Gustav Heinemanns gilt den neutralen Schweden, ihm wird das mit uns im Rahmen der NATO verbündete Norwegen folgen. Auch hier kann der Bundespräsident eines herzlichen Willkommens gewiß sein, obwohl die kühlen Nordländer nicht zu überschäumenden Freudensbekundungen neigen. Für die deutsche Politik kann es nicht wichtig genug sein, Freundschaft und Sympathien in Ländern zu erhalten und zu pflegen, die zwar klein an Bevölkerungszahl sind, aber deren Stimme im Chor der Völker zählt. Wir als Bundesrepublik brauchen Freunde in der Welt, Verständnis für unsere Lage als gespaltene Nation und Unterstützung für eine Politik, deren oberstes Postulat die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit und die Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn ist. Es gibt keinen besseren und würdigeren Interpreten dieser auf Friedenssicherung bedachten Politik, als unseren Bundespräsidenten Gustav Heinemann. Wo immer er im Ausland auftritt, ist es ein Gewinn für unser Volk, für das er Breschen schlägt.

+ + +

## Bildung wird teurer

---

### Zu den Empfehlungen der Bildungskommission

sp - Der Deutsche Bildungsrat hat als Empfehlungen der Bildungskommission nunmehr seinen Strukturplan für das deutsche Bildungswesen vorgelegt. Es ist eine aufsehenerregende Bestandsaufnahme. Die ausgesprochenen Empfehlungen können die Bundesrepublik auf dem Sektor Bildung schnell voranbringen. Die Realisierung liegt jetzt in Händen der Politiker.

Werden die Empfehlungen befolgt, müssen die Schuletats von 14,5 Milliarden DM, bezogen auf die ganze Bundesrepublik, bis 1980 auf 59 Milliarden DM ansteigen. Das ist eine Kostenexplosion, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht vor uns gestanden hat. Zudem hat das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft sogar Gesamtausgaben bis 1980 mit 100 Milliarden DM veranschlagt.

Es ist kein Zweifel, auch bei steigenden Einkommen und dabei progressiv noch schneller steigenden Steuereinnahmen wird es nicht einfach sein, diese Summen in den öffentlichen Haushalten bereitzustellen. Der Bund wird das Seine tun müssen. Die Länder aber, die nach dem Grundgesetz die Kulturhoheit haben, werden bereit sein müssen, tief in die Taschen zu greifen, Prioritäten zu setzen.

Es ist im Moment noch nicht zu sagen, wo Einsparungen in den öffentlichen Haushalten am ehesten möglich sind. Sicher wird man darauf drängen müssen, die Wirtschaftssubventionen erneut zu durchforsten, mit dem Ziel von Streichungen. Ob im Verteidigungssektor in den nächsten Jahren Einsparungen möglich werden, hängt nicht zuletzt von den Entspannungsbemühungen der Bundesregierung mit den östlichen Nachbarn, den Genfer Abrüstungsgesprächen und der Wiener SALT-Konferenz ab.

Ob der Bürger mit dem Blick auf diese enormen Bildungsausgaben, die auf uns zukommen, zu höheren Steuern herangezogen werden sollen, steht noch dahin. Es ist kein Zweifel, daß man bestrebt sein wird, diese Maßnahme zu umgehen. Aber in der Diskussion der Ministerpräsidenten der Bundesländer sind verschiedene Projekte, die auf eine zweckgebundene Bildungsabgabe zielen. Nur liegt es dann an den Ländern, dem Bürger auch vor dem Hintergrund solcher Vorschläge einleuchtend zu sagen, daß man dieses Geld auch höchst rationell verwenden will. Der Bund jedenfalls hat einen ersten Schritt getan. Wissenschaftsminister Leussink hat eine Bildungsanleihe von einer Milliarde Mark angekündigt.

Es ist die Frage, ob die Arbeitsmechanik der Kultusministerkonferenz der Bundesländer verändert werden muß, um den Aufgabenberg der Bildungsempfehlungen bewältigen zu können. Bislang kennt die Konferenz nur einstimmige Beschlüsse. Erfolgt ein Veto, ist jeder vorausschauende Plan verworfen. Man sollte möglicherweise an Mehrheitsbeschlüsse denken, die dann für alle bindend sind. Die Diskussion zu dieser Frage könnte nach den nächsten Landtagswahlen im Juni in der Bundesrepublik in Gang kommen.

+ + +

Negativ und widersprüchlich

EWG-Kommission lehnt europäisches Schulumilchfrühstück ab

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB, Mitglied des Europäischen Parlaments

Ein Anliegen, das schon über viele Jahre hinweg in immer neuen Initiativen im Deutschen Bundestag und von den verschiedensten Organisationen angesprochen worden ist, ist die Verteilung eines kostenlosen Schulumilchfrühstücks.

Eine sozialdemokratische Parlamentsinitiative im Europäischen Parlament vom Jahresanfang ist jetzt nach über fünf Monaten zwar beantwortet worden, allerdings sehr ungenügend. Die Antwort der Kommission ist nicht nur negativ und oberflächlich, sondern auch zugleich widersprüchlich. Bei einer Durchsicht des Katalogs von Maßnahmen, mit denen die strukturelle Überproduktion bei Milch in der EWG "verwertet" wird, kann man durchaus nach sinnvollen und weniger sinnvollen Maßnahmen unterscheiden. Ein Schulumilchfrühstück für unsere Kinder würde nicht nur gesundheitspolitischen Bedürfnissen genügen, sondern auch zu einer Steigerung des Milchkonsums führen.

Die Kommission gibt auf diese Initiative eine sehr negative und darüber hinaus lässige Antwort. Sie stellt im wesentlichen fest, daß die Voraussetzungen für die Durchführung der Schulumilchspeisung in den EWG-Ländern sehr unterschiedlich sind, und daß daher nur nationale Regelungen möglich seien. Damit lehnt sie gleichzeitig jegliche gemeinschaftliche Finanzierung dieser sehr populären Maßnahme ab, die zu einer wesentlichen Verringerung der Milchüberschüsse führen würde.

Bei der mit Recht von vielen Seiten geäußerten Kritik am Marktordnungsperfektionismus der Kommission und dessen Folgen würde die Inangriffnahme einer solchen Maßnahme - gerade unter dem politischen Aspekt - der Kommission, heute gut zu Gesichte stehen.

Eine weitere Begründung in der Antwort der Kommission, daß in bestimmten Bereichen der EWG für die Lieferung von Konsummilch und zum Aufbau einer Verteilerorganisation keine Voraussetzungen gegeben seien, kann fast nicht ernst genommen werden. Nachdem in der überwiegenden Zahl der Gebiete innerhalb der EWG auch mit Geldern aus dem Brüsseler Agrarfonds eine moderne Molkereistruktur in den letzten Jahren aufgebaut worden ist, kann dieses Argument nicht akzeptiert werden. Unter gesundheitspolitischen Aspekten müßte vor allem dort eine solche Schul-

milchspeisung eingeführt werden, wo die Produktionsverteilungsstruktur vorhanden ist. Diese Voraussetzung besteht in der Bundesrepublik, in Frankreich, in den Benelux-Staaten und sogar in großen Teilen Italiens.

Ein anderes Argument der Kommission ist die Kostenfrage. In der Antwort wird gesagt, daß die Verteilung von 0,2 l je Schultag an die Schüler zwischen 6 und 18 Jahren einen zusätzlichen Verbrauch von 600.000 t Milch jährlich bedeuten würde. Den finanziellen Aufwand dazu bei kostenloser Verteilung beziffert die Kommission auf 440 Mio. DM. Hält man dem gegenüber, daß die Verwertung eines Liters Milch aus der strukturellen Überproduktion im Gesamtkatalog der Maßnahmen der EWG 1 DM kostet, so ist das allein schon ein Grund, der nicht nur Ablehnung der Schulmilchspeisung führen sollte. Um es noch deutlicher zu sagen: Während der Erzeuger lediglich 36 - 38 Pfennig für den Liter Milch erhält, müssen zusätzlich 200 Prozent mehr für die Verwertung der Milchüberschüsse aufgewendet werden.

Wenn der Brüsseler Marktordnungsperfektionismus Überschüsse nicht nur nicht verhindert, sondern teilweise sogar noch fördert, dann ist nicht einzusehen, daß beispielsweise Millionen Mark allein für die Lagerung von Butter ausgegeben werden müssen. Trotzdem ist die Kommission nicht bereit, ein europäisches Schulmilchfrühstück zu Lasten des Brüsseler Agrarfonds einzuführen.

Der Verbraucher ist als Steuerzahler einer der Hauptleidtragenden dieser Politik. Er kann nur noch mit Kopfschütteln darauf reagieren, mit welcher fadenscheinigen Gründen die Kommission angesichts der Situation auf dem Milchmarkt die Forderung, ein kostenloses Schulmilchfrühstück einzuführen, ablehnt.

Die neue Kommission, die am 1. Juli 1970 ihr Amt antritt, soll wissen, daß die Frage der Schulmilchspeisung nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden wird, solange es Milch- und Fettüberschüsse in der Gemeinschaft gibt. Dafür werden sozialdemokratische Parlamentarier im Europäischen Parlament sorgen.

+ + +